



BiNe - Bisexuelles Netzwerk e.V.
Ignenstr. 14
50858 Köln

Ihre Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019

17.05.2019

Sehr geehrter Herr Thies,
sehr geehrter Herr Cipriano,

hier unsere Antworten zu Ihren Fragen zur Europawahl 2019:

.1. Wie wollen Sie das Bewusstsein für bisexuelle Menschen in unserer Gesellschaft stärken?

Bisexuelle Menschen gehören genauso zur Gesellschaft wie Homo- oder Heterosexuelle Menschen und verdienen die gleiche Sichtbarkeit. Diese muss bereits in der Schule gefördert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der gesamte Komplex LGBTIQ* in all seinen Formen und Farben im Unterricht thematisiert wird, sowohl im Sexual- als auch Sozialkundeunterricht.

2. Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?

Das Bewusstsein kann sich nur dadurch verändern, wenn "Betroffene" zeigen wer sie sind und mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb unterstützen wir die Coming-outs natürlich. Wir zeigen uns solidarisch und setzen uns dafür ein, dass es keinerlei Diskriminierung aufgrund der Sexualität gibt.

3. Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung sexueller Jugendlicher einsetzen? Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?

Wie bereits erwähnt muss hier an den Schulen viel passieren. Neben der Thematisierung im Unterricht setzen wir uns auch dafür ein, mehr Raum

Bundesgeschäftsstelle der Piratenpartei Deutschland

Telefon:
+49 30 2757 2040

Telefax:
+49 30 6098 9751 7

Bankverbindung:
GLS

Gemeinschaftsbank eG
IBAN DE36430609677006027900
BIC GENODEM1GLS

für LGBTIQ* in Jugendzentren zu schaffen und Sozialpädagogen sowie Lehrkräfte entsprechend fortzubilden.

Außerdem gilt es allgemein die Sensibilität für alle Formen von Diskriminierung zu erhöhen. Dies muss auf allen Ebenen der Gesellschaft - vom Kindergarten bis zur Universität, in Vereinen, in der gesellschaftlichen Diskussion bis hin zu den Medien - geschehen.

Das sollte wenigstens einen Euro pro EU-Bürger wert sein, macht rund € 500 Mio.

4. In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ ein Initiative zu sexueller Sichtbarkeit Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Europa vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?

Man könnte zum Tag der Bisexualität die Flagge vor dem Parlamentsgebäude in Brüssel hissen. Zum CSD in Brüssel könnte gar ein buntes Flaggenmeer wehen. Dies sollte Vorbild für alle europäischen Städte sein.

5. Inwieweit fördern Sie die Forschung zum Thema Bisexualität an den Universitäten? Welche Mittel stellen Sie dazu zur Verfügung? Und inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Sexualität ist ein wichtiger Teil des Menschen und sollte deshalb erforscht werden. Dabei muss das gesamte Spektrum untersucht werden, nicht nur die vermeintlich "normale" Heterosexualität.

Wenn die Forschung mit öffentlichen Gelder finanziert wurde, dann hat diese öffentlich zugänglich zu sein. Natürlich setzen wir uns Rahmen dessen auch für die Verbreitung der Ergebnisse ein.

Dafür könnte man nochmals je einen Euro pro EU-Bürger in die Hand nehmen.

6. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?

Strafbewehrte Äußerungen können auf Antrag der Staatsanwaltschaft zur Aufhebung der Immunität und polizeilichen Ermittlungen führen, wenn das zuständige Parlament einem entsprechenden Antrag statt gibt. Derartige Anträge würden wir im Fall der Verfolgung von menschenrechtsfeindlichen Äußerungen unterstützen.

7. Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Bi-, Homo- und Transphobie muss entschieden entgegengetreten werden,

ebenso wie allen anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dafür gilt es Vorurteile abzubauen und das Miteinander zu fördern. Generell fordern wir, die Gewaltprävention an Schulen und in gesellschaftlichen Einrichtungen zu intensivieren.

8. Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegulungen für Männer, die mit Männern Sex haben? Kann es hier eine europaweite Regelung geben?

PIRATENPARTEI
Deutschland

Wir stimmen Ihnen vollkommen zu. Da ohnehin jede Blutspende auf jegliche Art von übertragbaren Krankheiten getestet wird, ist ein Verbot für homo- oder bisexuelle Menschen anachronistisch. Wir halten dies mit einem Urteil des Europäischen Gerichtshof aus 2015 für vereinbar, das zwar den Erlass von Verbotsregeln nicht ausschließt, gleichzeitig aber darauf verweist, dass dies nur zulässig sei, wenn es keine geeigneten Alternativen zu einem Ausschluss gäbe. Dies könnten etwa wirksame Testmethoden für Blutspenden oder eine genaue Befragung des Spenders zu riskantem Sexualverhalten sein.

- <https://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/blutspende-verbot-fuer-schwule-eugh-hat-urteil-gefuehlt-a-1031240.html>

9. Was tun Sie dafür, um besonders Jugendliche vor diesen „Therapien“ zu beschützen? Kann es da nicht ein Europa-weites Verbot geben? Und wie kann es in Zukunft schneller zu sinnvollen Entscheidungen kommen?

Da wir leider nicht im Bundestag vertreten sind und auch nicht über Landtage entsprechende Bundesratsinitiativen anstoßen können, sind unsere nationalstaatlichen Mittel begrenzt. Ansonsten hätten wir schon lange mit Vehemenz auf sofortige Regelungen gepocht, die derartige "Therapien" untersagen, und nicht erst, nach dem das EU-Parlament im März letzten Jahres die EU-Mitgliedsstaaten dazu aufforderte, gefährliche Umpolungsversuche von Lesben und Schwulen zu verbieten. Über 70 Prozent der Abgeordneten waren dafür, auch die Vertreterin der Piratenpartei, Julia Reda. Zur Umsetzung der Resolution hat die Bundesregierung nun noch ein knappes Jahr Zeit. Die von Ihnen verlinkte Initiative von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ist die Folge. Es war aber wohl kaum seine Idee, wie es der Artikel suggeriert.

10. Wie schützen Sie LSBTI*, die Asyl in Europa beantragen?

Verfolgung aufgrund der geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung ist Unrecht. Wenn solche Verfolgung im Herkunftsland offiziell oder inoffiziell von staatlicher oder nichtstaatlicher Seite betrieben wird, muss sie als Asylgrund anerkannt werden. Wir fordern ergänzend, dass die Betroffenen ihre Geschlechtsidentität oder sexuelle Orientierung nicht nachweisen müssen.

11. Warum werden EU-Länder für menschenrechtsfeindliche Politik nicht stark sanktioniert? Planen Sie eine Änderung der laschen

Sanktionen? Wie fordern Sie Menschenrechte für LSBTI* in anderen Ländern ein?

Die Europäische Union muss den Schutz der Menschenrechte gewährleisten, ohne dabei nach sexueller Orientierung oder Geschlecht zu unterscheiden. Wir fordern eine konsequente Umsetzung der bestehenden Richtlinien. Die dafür notwendigen finanziellen und personellen Mittel zur Schaffung einer entsprechenden Institution auf EU-Ebene müssen von den Mitgliedsstaaten bereitgestellt werden.

PIRATENPARTEI
Deutschland

Hinsichtlich der Möglichkeit Sanktionen auszusprechen verweisen wir auf unsere Darstellung in Frage 13.

Und wie können Urteile des Menschenrechtsgerichtshof gestärkt werden?

Die EU muss dem Europarat beitreten und die Urteile des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs verbindlich beachten. Dies ist seit Jahren geplant, aber bis heute nicht umgesetzt.

12. Inwiefern setzen Sie sich ein für die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaft in EU- und Nicht-EU-Ländern? Inwiefern setzen Sie sich dafür ein, dass andere Länder gleichgeschlechtliche Ehen einführen?

Wir fordern, dass die Rechtssetzungen des höchsten Standards des einen EU-Landes in den anderen EU-Ländern anerkannt werden. Zum Beispiel müssen in einem EU-Land rechtmäßig geschlossene Ehen und Partnerschaften in jedem anderen EU-Land als selbige anerkannt werden, unabhängig von der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität der Partner.

13. Warum sanktioniert die EU diese Einschränkung eines Menschenrechts nicht? Was tun Sie dafür, damit dies in Zukunft passiert?

Artikel 7 des EU-Vertrages regelt das Vorgehen bei Vertragsverletzungen, die sich nicht mit den Grundwerten vereinen lassen.

- <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/eu-affairs/20180222STO98434/bedenken-zur-rechtsstaatlichkeit-in-mitgliedstaaten-was-die-eu-unternehmen-kann>

Dieses Verfahren ist mehrstufig, seine Probleme liegen im ersten und zweiten Schritt. Wo das Parlament innerhalb dieses Prozesses Entscheidungsmöglichkeiten hat, werden wir für entsprechende Mehrheiten werben.

Deutlich schmerzhafter als Artikel 7 dürfte die Kürzung von EU-Strukturfördermitteln für die EU-Mitgliedsländer sein. Wer die Grundsätze der EU verletzt, für den könnte es eines Tages kein Geld mehr aus Brüssel geben. Für Polen - als größter Nettobezieher der EU - wäre das besonders schmerzhaft. Da die EU-Förderung aber bereits bis

2020 ausgehandelt ist, wird eine Sanktionsmöglichkeit erst für die Zeit danach erwartet.

14. Was möchten Sie noch hinzufügen?

Die Piratenpartei steht für eine Politik, die die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung respektiert und fördert. Ein Mensch ist ein Mensch ist ein Mensch.

PIRATENPARTEI
Deutschland

Für weitere Fragen stehen wir gern zur Verfügung

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Ganskow

Bundeskoordinator Wahlprüfsteine

Dieser Brief ist maschinell erstellt und trägt keine Unterschrift.
